

► **Nr. VO/2019/08093**  
öffentlich

Lübeck, 27.08.2019

## **Empfehlung eines Ausschusses**

**Verantwortliche Bereiche:**  
4.513 - Jugendarbeit

**Bearbeitung:** Dana Gladasch (E-Mail: [dana.gladasch@luebeck.de](mailto:dana.gladasch@luebeck.de) Telefon: 122 - 1217)

### **Empfehlung des Jugendhilfeausschusses zur Beschlussvorlage "Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018" (VO/2019/07824)**

#### **Beratungsfolge:**

<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Status</b>	<b>Zuständigkeit</b>
29.08.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

#### **Empfehlung:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig entsprechend des Beschlussvorschlages zu beschließen:

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die im Bericht dargestellten Maßnahmen werden in die Haushaltsplanung 2020 ff. aufgenommen, um die Jugendarbeit bedarfsgerecht und lebensweltorientiert weiterzuentwickeln.
2. Der gesamtstädtische Mehrbedarf für die Umsetzung der Maßnahmen im Haushaltsjahr 2020 beträgt 208.271 EUR.
3. Die Bürgerschaft beschließt die Einrichtung eines neuen Jugendtreffs im Hochschulstadtteil / Bornkamp.

#### **Begründung:**

**Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung am 22.08.2019 mit der Beschlussvorlage befasst und folgende Empfehlung ausgesprochen:**

Auszug aus der Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 22.08.2019

SIEHE ANLAGE 1

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Ja-Stimmen: 15**

**Nein-Stimmen: 0**

**Enthaltungen: 0**

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig entsprechend des Beschlussvorschlages zu beschließen.**

#### **Anlagen :**

Auszug aus der Niederschrift 5-1 20190822

Vorsitzende/r  
des Ausschusses

**Auszug aus der Niederschrift  
der 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 – 2023)  
am 22.08.2019**

**zu 5      **Beschlussvorlagen****

**zu 5.1    **Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018**  
            **Vorlage: VO/2019/07824****

Frau Albrecht und Frau Reichel führen zum Bericht Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 anhand einer PowerPoint-Präsentation aus. Die PowerPoint-Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Puhle merkt an, dass die Jugendarbeit bundesweit unterfinanziert sei und nicht nur in der HL in den letzten Jahren vergessen worden sei. Ganz aktuell seien die Jugendarbeit der HL und die Budgetverträge der freien Träger sehr gut gestaltet, man müsse nun beraten, wohin man sich entwickeln wolle. Auftakt hierzu sei der Termin zu Aufwachsen in Lübeck am 05.11.2019, an dem die Jugendarbeit unbedingt mit dabei sein müsse. Erste Ergebnisse hierzu seien im Sommer 2020 zu erwarten.

Herr Puhle nimmt Bezug darauf, dass die Jugendarbeit aus dem Ganztage an Schule komplett herauszuziehen sei. Hierzu stellt er dar, dass die Jugendarbeit Professionalität in den Ganztage an Schule bringe und deshalb lieber nach einer finanziellen Lösung gesucht werden solle, um die Jugendarbeit als Experten im Ganztage an Schule zu behalten; die Kinder könnten hiervon nur profitieren. Herr Puhle berichtet, dass auch dieser Punkt in den Prozess Aufwachsen in Lübeck zu übernehmen sei.

Zum Thema Streetwork äußert Herr Puhle, dass hierzu eine konzeptionelle Aufstellung diskutiert werden müsse. Frau Weiher erläutert, dass dazu eine Projektgruppe in der Verwaltung gebildet wird.

Frau Weiher bedankt sich für die Erstellung und Präsentation des Berichtes Jugendhilfeplanung und Jugendarbeit in Lübeck 2018 bei Frau Albrecht und Frau Reichel und merkt hierzu an, dass sie voll hinter dem Konzept stehe. Zur bedarfsgerechten und lebensweltorientierten Weiterentwicklung gehöre auch die Entstehung der Jugendberufsagentur, die zum 01.10. oder 01.11.2019 anstehe.

Herr Müller (Die Linken) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Müller bemerkt, dass der Bericht herausragend gelungen sei und eine Kehrtwende einläute, die einen Arbeitsauftrag für den Rest der Wahlperiode bedeute.

Frau Hildebrand bedankt sich für die großartige geleistete Arbeit der Berichterstellung.

Auf Nachfrage von Herrn Baldy legt Frau Reichel dar, dass die Einrichtung eines Mädchentreffs denkbar wäre, hierbei jedoch die Inklusion im Auge behalten werden solle und es somit möglichst wenig exklusive Treffs geben solle. Hier bedarf es noch an Zeit, um eine sinnvolle Gestaltung zu erörtern.

Weiterhin antwortet Frau Reichel auf Nachfrage zu den finanziellen Auswirkungen, dass diese sich auf die zusätzlich zu schaffenden Personalstellen bzw. –kosten beziehen.

Auf weitere Nachfrage zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages berichtet Frau Reichel, dass der neue Jugendtreff im Hochschulstadtteil eventuell auch in Leichtbauweise zu erstellen sei, um auf Veränderungen in der Altersstruktur besser reagieren und die Gebäude nach Bedarf auch an anderen Orten einsetzen zu können.

Herr Puhle weist auf das Positionspapier des Internationales Bundes hin, dass im Vorwege allen Ausschussmitgliedern per E-Mail zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Christ (IB) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Christ widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Christ (IB) bezieht sich auf das Positionspapier, er begrüße den geplanten Ausbau der Jugendarbeit, müsse die Umstrukturierung jedoch als falsch ansehen. Der Internationale Bund sei Dienstleister mit Fachkräften, die seit langer Zeit Beziehungen aufgebaut hätten. Eine Aufteilung auf Jugendtreffs könne die Standards der Bundes AG Streetwork nicht einhalten und sei ein fachlicher Fehler.

Frau Prüß bedankt sich für die Erstellung des großartigen und gehaltvollen Berichtes, der mit Engagement vorgetragen worden sei. Sie merkt an, dass Jugendtreffs auch mobil sein und fachliche Dinge berücksichtigt werden sollen. Das Eine schließe das Andere nicht aus, es müsse nach der Wirksamkeit geguckt werden. Mobile Jugendarbeit ist notwendig und nachvollziehbar, woran hakt es bei der Zusammenarbeit mit dem IB? Es müsse ein Konzept mit Schnitt-/Nahtstelle zur Hilfe zur Erziehung entwickelt werden, da die Zahl hoffnungsloser Jugendlicher wächst und diese nicht zu verlieren seien.

Herr Puhle weist auch hier darauf hin, dass dieses ein Thema im Prozess Aufwachsen Lübeck sein wird.

Frau Schulte-Ostermann merkt an, dass die Subvention von Ganztage an Schule durch Jugendarbeit beendet werden müsse. Sie regt an, die Summen die geflossen sind, wieder dem Bereich Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. In Stadtteilen, in denen eine besondere Kinderarmut festzustellen ist, wie z. B. Buntekuh und Moising macht sie den Vorschlag, die noch vorhandenen 45 Hortplätze dort gezielt anzubieten.

Zum vorgeschlagenen Mitteltransfer zwischen Ganztage und Jugendarbeit antwortet Frau Reichel, dass der größte Stellenabbau in der Jugendarbeit zwar zeitlich mit dem Aufbau des Ganztags in Zusammenhang stehe, aber nicht mehr explizit nachvollzogen werden kann welche genauen Summen hier in Anschlag zu bringen wären. Dies sei nicht mehr nachvollziehbar, da es nie eine konkrete Verschiebung von Mitteln oder Stellen gegeben habe, die jetzt eventuell rückgängig gemacht werden könnten.

Frau Albrecht ergänzt hierzu, dass Ressourcen von Jugendarbeit (als „Ausfall-Bürgschaft“) 2007 im Rahmen des Modellversuchs Schule als Lebens- und Lernort eingesetzt, mittlerweile aber zurückgefahren wurden und Ganztage an Schule jetzt losgelöst zu betrachten sei.

Frau Reichel fügt an, dass der Stellenabbau der Vorstellung geschuldet war, dass Ganztage an Schule die Jugendzentren ersetzen würde. Im Nachhinein sei festgestellt worden, dass dieses für die jüngeren Grundschul Kinder zuträfe, Ältere jedoch das Ganztagsangebot nicht wahrnehmen würden.

Frau Schmittner berichtet, dass sie seit 10 Jahren im Mädchen und Jungen AK arbeite und daher wisse, dass es zu wenig Personal in Jugendzentren gäbe. Durch mehr Mitarbeiter würde auch mehr Jugendarbeit bei Kindern und Jugendlichen ankommen. Viele Mädchen wünschen sich auch Mädchenräume; das Mädchenzentrum sei seit 2007 geschlossen.

Frau Schulte-Ostermann regt an, dass eine Genderfachstelle sowie ein lebensverlauforientiertes zentrales Mädchenzentrum eingerichtet wird.

#### **Beschluss:**

1. Die im Bericht dargestellten Maßnahmen werden in die Haushaltsplanung 2020ff. aufgenommen, um die Jugendarbeit bedarfsgerecht und lebensweltorientiert weiterzuentwickeln.
2. Der gesamtstädtische Mehrbedarf für die Umsetzung der Maßnahmen im Haushaltsjahr 2020 beträgt 208.271 EUR.

3. Die Bürgerschaft beschließt die Einrichtung eines neuen Jugendtreffs im Hochschulstadtteil/Bornkamp.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	Einstimmig	X
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Ohne Votum	---